

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für Sozialpolitik
(21. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der Deutschen Partei
- Nr. 3305 der Drucksachen -

betr. Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Schaffung
einheitlichen Rechts in der
Angestelltenversicherung.

Berichterstatter:
Abgeordnete Frau Döhring

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Beseitigung des unterschiedlichen Rechts in der Invalidenversicherung und in der Angestelltenversicherung.

Bonn, den 2. Oktober 1952

Der Ausschuß für Sozialpolitik
Richter Frau Döhring
Vorsitzender Berichterstatter